

Schutz der Demonstrant*innen und Reform der Carabineros: Noch ausstehende Aufgaben

Von Rodrigo Bustos, Exekutivdirektor von Amnesty International Chile

05.05.2022

In den letzten Monaten sind wir wieder Zeug*innen verschiedener Arten von Demonstrationen geworden, auf denen unterschiedliche Forderungen erhoben wurden. In einigen Fällen gab es Vorwürfe wegen unverhältnismäßiger Gewaltanwendungen durch Polizeibeamte. In anderen Fällen betrafen diese Anschuldigungen sogar Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, die nach den internationalen Menschenrechtsnormen einen besonderen Schutz genießen. Außerdem wurde angemahnt, dass auf Seiten der Carabineros präventive Handlungen vermisst wurden, um zu verhindern, dass einzelne Demonstranten angegriffen werden konnten. Solche Vorfälle wiederholten sich am 1. Mai, als eine Schießerei einer Gruppe von Bewaffneten verschiedene Personen ernsthaft verletzte, darunter die Reporterin Francisca Sandoval vom Canal 3 von La Victoria.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, an die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen zu erinnern, die während der Zeit der sozialen Unruhen gerade im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen Tausende von Menschen begangen wurden. Die große Mehrheit dieser schwerwiegenden Missbräuche bleibt weiterhin ungestraft. Nach Ansicht von Amnesty International konnten auf der Grundlage der vorliegenden Fakten schwerwiegende Beweise gefunden werden, um die Behörden und Befehlshaber der an der Kontrolle der öffentlichen Ordnung beteiligten Institutionen für ihre Untätigkeit bei den gewalttätigen Ereignissen während der Demonstrationen strafrechtlich verantwortlich zu machen. Aus demselben Grund haben wir mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass Straflosigkeit Wiederholungen nach sich zieht, und leider hat die Polizeigewalt der letzten Tage dies bestätigt.

Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen sei daran erinnert, dass, wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission in Bezug auf das Demonstrationsrecht festgestellt hat, **"der Staat die Pflicht hat, die Ausübung dieses Rechts im Einklang mit den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Nichtdiskriminierung und des Rechtsschutzes zu schützen. Zu dieser Pflicht gehört es auch, die Unversehrtheit der Demonstrant*innen vor Provokateuren und Gegendemonstrant*innen zu schützen"**. Ist dies bei der Demonstration am 1. Mai geschehen? Haben die Behörden vorhergesehen, dass dies geschehen könnte, und haben sie alles getan, um einen sicheren Raum für die Demonstrant*innen zu gewährleisten? Der friedliche Protest ist ein Recht, das ebenso wie andere Rechte fest garantiert sein muss.

Gerade im Hinblick auf den Vorfall mit der Reporterin Francisca Sandoval ist es wichtig zu bedenken, dass die Arbeit von Journalist*innen und Berichterstatte*innen sowie der freie Informationsfluss über alternative Medien wie die sozialen Netzwerke von entscheidender Bedeutung sind, um die Bevölkerung über die Ereignisse zu informieren. Gleichzeitig spielen sie auch eine wichtige Rolle bei der Berichterstattung über das Vorgehen des Staates und der Sicherheitskräfte angesichts von Demonstrationen, um der unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt und dem Missbrauch von Autorität entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Sonderberichterstatter*innen der Vereinten

Nationen und der OAS über Gewalt gegen Journalist*innen im Zusammenhang mit sozialen Demonstrationen: **"Der Staat hat die Pflicht zu gewährleisten, dass Journalist*innen und Berichterstatte*rinnen, die im Rahmen einer öffentlichen Demonstration ihrer Informationsarbeit nachgehen, nicht festgenommen, bedroht, angegriffen oder in irgendeiner Weise in ihren Rechten eingeschränkt werden, weil sie ihren Beruf ausüben"**. Leider müssen wir feststellen, dass diese Menschenrechtsstandards bei sozialen Protesten in unserem Land noch lange nicht erfüllt sind.

Aus demselben Grund halten wir es für wichtig, dass die neue Regierung die Menschenrechtslage im Land ernst nimmt und Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Daher ist es unerlässlich, Fortschritte in der gesetzlichen Regelung des Versammlungsrechts sowie bei einer Strukturreform der Carabineros de Chile zu erzielen. Ersteres bedeutet, das Gesetzesdekret 1086 aus dem Jahr 1983 endlich hinter uns zu lassen und zu verstehen, dass der urbane Raum in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur ein Verkehrsraum ist, sondern auch ein Raum der Beteiligung.

In Bezug auf die tiefgreifende Reform der Carabineros de Chile hat Amnesty International nachdrücklich darauf hingewiesen, dass diese eine Überprüfung ihres Regelwerks beinhaltet, um die Institution so umzugestalten, dass sichergestellt ist, dass alle ihre Handlungen im Einklang mit den Menschenrechten stehen und dass die Institution über strenge Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen verfügt. Auf diese Weise werden wir in der Lage sein, eine gut vorbereitete und robuste Polizeibehörde zu haben, die befähigt ist, ihre wichtige Arbeit in einer Art und Weise zu verrichten, die die Menschen respektiert. Wenn wir uns in diese Richtung bewegen, werden die neue Regierung und die Kongressbehörden Fortschritte bei einigen der zahlreichen Menschenrechtsverstöße unseres Landes erzielen.

<https://amnistia.cl/noticia/proteccion-de-manifestantes-y-reforma-de-carabineros-tareas-aun-pendientes/>